

7. September 2026

Winkler erneuert Forderung: „Landesbudget darf nicht auf den Schultern der Gemeinden saniert werden“

SPÖ Oberösterreich zeigt am Montag in allen Gemeinden, wie viel eine Senkung der Landesumlagen auf den Bundesdurchschnitt bringen würde – rund 200 Millionen Euro mehr pro Jahr für Städte und Gemeinden

SPÖ-OÖ-Chef und Landesrat Martin Winkler erneuert seine Forderung nach einer grundlegenden Entlastung der oberösterreichischen Städte und Gemeinden. Die Landesumlagen sollen auf den Durchschnitt der österreichischen Bundesländer gesenkt werden. Dadurch würden den Gemeinden **jährlich rund 200 Millionen Euro zusätzlich** für ihre Aufgaben vor Ort bleiben.

„Das Landesbudget darf nicht auf den Schultern unserer Gemeinden saniert werden. Das Land kann sich nicht für seine Finanzpolitik auf die Schulter klopfen und gleichzeitig den Städten und Gemeinden immer weniger Luft zum Atmen lassen. Wer ein solides Landesbudget will, darf dafür nicht Kindergärten, Feuerwehren, Vereine und notwendige Investitionen vor Ort unter Druck setzen“, fordert Winkler.

Wie viel eine Senkung der Landesumlagen konkret bringen würde, macht die SPÖ Oberösterreich am Montag landesweit sichtbar. Die SPÖ-Organisationen veröffentlichen für ihre jeweilige Gemeinde Berechnungen des Landes, **wie viel Geld jedes Jahr zusätzlich vor Ort bleiben würde**, wenn Oberösterreich seine Umlagenlast auf den Bundesdurchschnitt senkt.

„Da geht es nicht um irgendeine Zahl in einem Budget. Es geht darum, ob eine Gemeinde einen Kindergarten ausbauen, eine Schule sanieren, die Feuerwehr unterstützen, Straßen erhalten oder Aufträge an regionale Betriebe vergeben kann. **Jeder Euro, der den Gemeinden mehr bleibt, stärkt deshalb auch die regionale Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze**“, so Winkler.

Einmalige Hilfspakete seien dafür keine ausreichende Antwort. „Die Gemeinden brauchen Planungssicherheit und dauerhaft mehr eigenen finanziellen Spielraum. **Unser Ziel bleibt daher klar: Landesumlagen runter auf den Bundesdurchschnitt und damit rund 200 Millionen Euro pro Jahr zurück in unsere Gemeinden. Das Land muss aufhören, seine Gemeinden kaputtzusparen.**“

Rückfragehinweis: Mario Hauser, 066488461755, mario.hauser@spoe.at